

WIFO Studie „Pflegevorsorge in den Gemeinden“ ortet Koordinierungsdefizit

von **Markus Kiesenhofer**

Empfehlung zu regionalen Pflegeinformationsstellen mit Monitoringfunktion

Österreichs Gemeinden sind mit einem demographischen und gesellschaftlichen Wandel konfrontiert, der erhebliche Effekte auf die Pflegevorsorge in den Gemeinden haben wird. Die westlichen Bundesländer und die Umlandregionen der Großstädte erleben in den kommenden drei Jahrzehnten die größte Zunahme an Hochaltrigen ab 85 Jahren. In allen Bundesländern wird bis 2050 die Anzahl der hochaltrigen Personen um das Zweieinhalb- bis Dreifache steigen, wenn auch die Entwicklung regional unterschiedlich ist. Absehbare Folge dieser Entwicklungen: Die Nachfrage nach Pflegedienstleistungen wird enorm zunehmen. Die Gesamtausgaben für Pflege- und Betreuungsdienste werden den Projektionen zufolge bis 2030 um 77 Prozent steigen. Die damit verbundenen Herausforderungen werden vor allem auch auf kommunaler Ebene spürbar werden. Vor diesem Hintergrund hat das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) im Auftrag des größten privaten Pflegeheimbetreibers SeneCura und in Kooperation mit dem Österreichischen Gemeindebund in einer breit angelegten Studie die Bedürfnisse, Anliegen und Herausforderungen der Pflegeversorgung in den Gemeinden erhoben, analysiert und daraus Empfehlungen abgeleitet.

Defizite bei Einbindung der Gemeinden: Wunsch nach systematischer Information und Koordination

Die Befragung, an der 649 Gemeinden (und damit 31 Prozent der heimischen Gemeinden) teilgenommen haben, hat ergeben, dass aus Sicht der Gemeinden Nachholbedarf bei der Koordination der Pflege besteht. Zum einen durch eine systematische Herangehensweise, um Informationen über den gegenwärtigen und künftigen Pflegebedarf der lokalen Bevölkerung zu erheben. Und zum anderen auch, um den Bewohnerinnen und Bewohnern der Gemeinde kompetente wohnortnahe Information und Beratung bieten zu können. Hier wird von den Gemeindevertreterinnen und -vertretern ein großes Defizit diagnostiziert. Als Lösung findet vor allem die Etablierung von regionalen Pflegeinformationsstellen über alle Bundesländer hinweg großen Zuspruch. Diese würden einerseits eine Anlaufstelle zur umfassenden Beratung und Information rund um das Thema Altern und Pflege bieten und könnten andererseits auch die Entwicklung des regionalen Pflegebedarfs verfolgen und besser prognostizieren. „Die Verbesserung der Bedarfsplanung für Pflegedienstleistungen sehen 64 Prozent (Tirol) bis 88 Prozent (Salzburg) der Gemeinden als wichtige mittelfristige Herausforderung an. Die Mehrheit der Gemeinden scheint derzeit keine systematischen Herangehensweisen zu verfolgen, um Informationen über den gegenwärtigen und künftigen Pflegebedarf der lokalen Bevölkerung zu erheben. Das ist in zweierlei Hinsicht problematisch: Zum einen brauchen die Pflegebedürftigen und ihre Familien auf regionaler Ebene eine Ansprechperson, die über die Pflegeunterstützungsmöglichkeiten in einer Region Bescheid weiß. Zum anderen kann die Information über die regionalen Pflegebedürfnisse verwendet werden, um das Angebot an Pflegedienstleistungen dementsprechend anzupassen“, fasst Studienleiterin Ulrike Famira-Mühlberger, stellvertretende Leiterin des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO), den Befund zusammen.

Zum Start des Reformdialogs: Gemeinden fordern wohnortnahe Beratung in Pflegefragen

Die Analyse des WIFO aufgreifend, bekräftigt Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Alfred Riedl bei der Studienpräsentation: „Pflege muss da passieren, wo man wohnt! Zwischen 75 Prozent unserer Gemeinden in Tirol und 94 Prozent in Salzburg sehen die Herausforderung, dass pflegebedürftige Menschen pflegerische bzw. ärztliche Leistungen wohnortnahe in Anspruch nehmen können, als wichtig an. Wir müssen uns daher auf die wohnortnahe Organisation der Pflege fokussieren und dafür ist eine systematische Herangehensweise bei Information und Planung unerlässlich. Denn die

Informations- und Beratungsaufgabe kann auch nicht – wie jetzt häufig der Fall – auf die Gemeinden abgewälzt werden“, bestätigt der Gemeindebund-Präsident. Die Forderung nach einer wohnortnahen Beratung findet sich auch im aktuellen Regierungsprogramm und soll im Zuge der bevorstehenden Reform realisiert werden. Das unterstützt auch Österreichs größter privater Pflegeheimbetreiber SeneCura. „Ganz entsprechend unserer Unternehmensphilosophie muss auch die Beratung in Pflegefragen näher an die Menschen rücken. Die stationären Pflegeheime wie unsere SeneCura Sozialzentren können hier einen Betrag leisten und in Zukunft vielleicht Aufgaben offiziell übernehmen, die sie jetzt sozusagen informell mitmachen“, kommentiert Markus Schwarz, COO der SeneCura Gruppe. Dass Pflegeheime schon heute eine ganz wesentliche Experten-Funktion in den Gemeinden haben, bestätigte die Gemeinde-Umfrage im Vorfeld der WIFO Studie Ende 2019 eindrucksvoll: Für 43 Prozent jener Gemeinden, in denen es stationäre Pflegeeinrichtungen gibt, sind diese die zentralen Ansprechpartner in Pflege-Fragen. Erst deutlich dahinter folgen das Gemeinde- und Sozialamt, Hilfsorganisationen und andere Institutionen.

Regionale Unterschiede bei den Strategien zum Ausbau des Pflegesystems

Da Pflegedienstleistungen in Österreich auf Länderebene organisiert werden, wird die Situation in den verschiedenen Regionen auch sehr unterschiedlich wahrgenommen. Die gegenwärtige Leistungsfähigkeit von informeller Betreuung – also durch die Angehörigen – wird etwa in den Gemeinden der westlichen Bundesländer und im Burgenland als meist bzw. eher ausreichend eingeschätzt. Die Leistungsfähigkeit der Familien nimmt aber auch hier nach Wahrnehmung der Gemeindevertreterinnen und -vertreter stetig ab. Bei der aktuellen Pflegeinfrastruktur weisen mobile Dienste und die 24-Stunden-Betreuung eine flächendeckende Verbreitung auf. Stationäre Einrichtungen sind in Westösterreich und der Steiermark häufiger vorzufinden. Beim Ausbau der Pflegeangebote setzen die Gemeinden mit regionalen Unterschieden auf alle Arten von Pflegedienstleistungen mit Schwerpunkt auf dem Ausbau von betreutem oder betreubarem Wohnen und mobilen Diensten. Die Befragungsergebnisse zeigen auch, dass die Kooperation zwischen mobilen und stationären bzw. teilstationären Pflegeeinrichtungen durchwegs hoch ist, jedoch nach Ansicht der Gemeinden noch weiter ausgebaut werden sollte. „Auf individueller Ebene erweisen sich mobile und stationäre Pflege vorwiegend als zeitlich komplementäre Dienste – sie werden also, meist zeitlich hintereinander, gleichermaßen benötigt. Der zu erwartende Nachfrageanstieg in der stationären Pflege kann durch den Ausbau und die Förderung von Alternativen verzögert und abgeschwächt, jedoch nicht verhindert werden. Umso wichtiger ist eine Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen den Pflegedienstleistern“, betont die Studienleiterin.

Finanzierung und ausreichend Pflegepersonal sind zentrale Herausforderungen im Bereich Pflege

Eine wesentliche Herausforderung für die Pflegevorsorge in Österreich ist laut WIFO die äußerst komplexe Finanzierungsstruktur mit hoher Verflechtung zwischen den Gebietskörperschaften. „Finanzierungs- und Aufgabenverantwortung sind zwischen unterschiedlichen Gebietskörperschaften verteilt – zumeist ohne gemeinsame Steuerung, sodass es zu Fehlanreizen und Ineffizienzen kommt. Während die Auszahlung des Pflegegelds in die Kompetenz des Bundes fällt, werden Pflegedienstleistungen vorwiegend von Ländern und Gemeinden finanziert“, erläutert der Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Christoph Badelt. 67 Prozent der Gemeinden bemängeln laut der Gemeinde-Umfrage von Ende 2019, dass aus ihrer Sicht beim Thema Pflege-Organisation und -Finanzierung bisher nicht ausreichend auf die Bedürfnisse der kommunalen Ebene Rücksicht genommen wurde. „Aus Befragungen aber auch aus der Praxis wissen wir, dass der finanzielle Druck auf die Gemeinden immer größer wird, nicht nur durch die Corona-Krise. Seit Jahren steigen etwa schon die Ausgaben der Gemeinden für Pflege immer weiter. Im Zuge der anstehenden Reform brauchen wir endlich Klarheit über die langfristige Finanzierung des Pflegesystems“, so Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Alfred Riedl. Der Österreichische Gemeindebund wird sich mit einem Reformpapier zur Pflege in die Debatten der nächsten Wochen und Monate einbringen. In der WIFO Befragung geben alle Bundesländer und Gemeindegrößen durchwegs an, dass die

Finanzierung des Pflegesystems als die größte Herausforderung betrachtet wird: 93 Prozent (Niederösterreich) bis 100 Prozent (Vorarlberg) der Gemeinden sehen die künftige Finanzierung des Pflegesystems als sehr wichtig oder (eher) wichtig an. Nahezu ebenso brennend ist die Herausforderung, über ausreichend Pflegepersonal zu verfügen. Diese Frage sehen 91 Prozent (Niederösterreich) bis 100 Prozent (Vorarlberg) der Gemeinden als sehr wichtig bzw. (eher) wichtig an.

Gute Erfahrungen mit privat geführten stationären Pflegeeinrichtungen

In Österreich macht es für die Beziehenden einer Pflegedienstleistung keinen finanziellen Unterschied, ob diese von der öffentlichen Hand, einer privaten gemeinnützigen Organisation (NPO) oder einem privaten Unternehmen geführt wird. Nach ihren Präferenzen hinsichtlich der Trägerschaft gefragt, können sich vor allem jene Gemeinden, in denen sich bereits jetzt ein privates stationäres Pflegeheim befindet, ein privates Unternehmen als Träger vorstellen. Als größter privater Betreiber von Pflegeheimen in Österreich versteht sich SeneCura als kompetenter Partner der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und integraler Bestandteil des Sozialsystems der Gemeinden. „Es ist unser Anspruch, eine aktive Rolle in allen 57 Gemeinden in ganz Österreich, in denen sich ein SeneCura Sozialzentrum befindet, zu spielen. Wir sind bestrebt, das soziale Leben im Ort aktiv zu beleben – durch die Integration von Kindergärten oder Fitness-Studios oder Angebote wie den Mittagstisch für die örtliche Schule. Die starke Verbundenheit mit den Gemeinden nimmt in den unterschiedlichen Orten verschiedene Formen an, je nach Bedarf vor Ort und den Möglichkeiten unseres Teams in der jeweiligen Region“, erläutert Schwarz die Praxis. Analog zur Empfehlung aus der WIFO-Studie ist SeneCura auch seit Jahren bestrebt, durch gezielte Unterstützung von pflegenden Angehörigen auch stärker präventiv zu wirken. Im Sinne einer aktiven Rolle in der kommunalen Versorgungskette entwickelt SeneCura innovative Zukunftskonzepte wie die Kurzzeitpflege mit gleichzeitiger Rehabilitation für pflegende Angehörige – um diese wirklich zu entlasten und ihnen die Möglichkeit für eine Erholung von der herausfordernden Pflege-Arbeit bieten zu können.

Markus Kiesenhofer, BA MA

markus.kiesenhofer@wifo.ac.at

www.wifo.ac.at

Link zur Wifo Studie

https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=66284&mime_type=application/pdf

Videoaufzeichnung der Pressekonferenz <https://events.streaming.at/20200820>